

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird am Abend vorher ausgegeben und versendet.  
Bieteljahrspreis 1 Mark 20 Pfennige einschließlich Voten- und Postgebühren.  
Bestellungen werden in unserer Expedition, von den Boten, sowie allen Postanstalten angenommen.

# Wochenblatt

## für Zschopau und Umgegend.



Amtsbblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Zschopau, sowie für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Zschopau.

Nr. 111.

Donnerstag, den 20. September 1906.

74. Jahrgang.

Auf dem die offene Handelsgesellschaft in Firma **Gottlob Wunderlich** in Zschopau betreffende Blatt 32 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Der Gesellschafter Kaufmann **Moritz Werner** in Zschopau ist ausgetreten. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Handelsniederlassung ist nach Zschopenthal (Amtsgerichtsbezirk Augustsburg) verlegt worden. Die Firma kommt daher in diesem Handelsregister in Wegfall.

Zschopau, am 17. September 1906.

Königliches Amtsgericht.

### Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung Freitag, den 21. September abends 8 Uhr.

Süßner, Vorsteher.

Tagesordnung:

1. Bericht des I. und II. Ausschusses über den Ratbeschluss, betr. den Verkauf von Bauland an den Bürgerschullehrer Herrn Waldbau-Rümmeler.
2. Bericht des IV. Ausschusses über Vorschläge zur Wahl eines Wahlausschusses zur Vorbereitung der Stadtratsergänzungswahl.
3. Vertrauliche Besprechung.

### Aus Sachsen.

Zschopau, den 19. September 1906.

— Um die hiesige erledigte Bürgermeisterstelle sind 21 Bewerbungen eingegangen.

— Stenographie. Der allgemeine Nutzen der Stenographie kann in unserm Zeitalter, dem Dampfstraß und Elektrizität den Stempel haltenden Lebens ausgedrückt haben, nicht mehr abgestritten werden, wo mehr als je das Sprichwort gilt: „Zeit ist Geld!“ Eine Schrift, mit der man fünfmal so schnell schreibt, als mit der gewöhnlichen, bedarf da keiner Empfehlung. Die Kaufmannschaft, die Verwaltungen des Staates, der Städte u. haben sich die Stenographie nutzbar gemacht. Der junge Mann, welcher der Erlernung der Stenographie aus dem Wege geht, begibt sich einer außerordentlichen Waffe für den Kampf ums Dasein. Ein Blick in die Stellenlisten müßte ihn überzeugen, daß bei allen besseren Stellen die Kenntnis der Stenographie verlangt wird. Selbst dem Privatmann, Handwerker u. wird dieselbe Nutzen bringen, wenn er Bemerkungen schnell und wortgetreu zu Papier bringen will, und ebenso bietet sie der Frauenwelt Gelegenheit zu vielfacher Anwendung und zur Erlangung eines possenden und lohnenden Berufs. Die Gelegenheit zur gründlichen Erlernung der Stenographie ist stets geboten. So eröffnet auch der hiesige Gabelsbergerische Stenographenverein in nächster Zeit wieder einen Anfängerkursus, worüber das Nähere aus der Anzeige in der heutigen Nummer zu ersehen ist.

— Das Verfinden Ihrer Majestät der Königin-Witwe hat sich in den letzten Tagen erfreulicherweise gebessert, so daß sie vorgestern eine Ausfahrt in den Großen Garten unternommen konnte. Morgen gedenkt Ihre Majestät sich nach Sibiria nord zu begeben.

— Sr. königliche Hoheit der Prinz Johann Georg hat sich, wie das „Dr. Forum“ mitteilt, dahin geäußert, daß er für alle ihm aus Anlaß seiner bevorstehenden Vermählung von Vorfahren, Städten und Korporationen u. etwa zugeordnete Geschenke dankt, und hat dabei den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die hierfür etwa in Aussicht genommenen Mittel zu wohltätigen Zwecken Verwendung finden möchten.

— Herr Kreisauptmann von Burgsdorff ist von seinem Urlaube zurückgekehrt und hat die Situa der Geschäfte der königlichen Kreisauptmannschaft Chemnitz wieder übernommen.

— Die dreitägigen Korpsmänner des XIX. Armeekorps unter Vertretung des kommandierenden Generals Graf Vitzthum v. Eckardt nahmen am Montag in der Gegend von Weisig ihren Anfang. Seine Majestät der König, Albrecht, welcher mit Gefolge 7 Uhr morgens mit Sonderzug auf Station Klosterbuch eintrafen und daselbst zu Pferde stiegen, wohnte den Manövern bis zum Schluß bei.

— Sitzung des Landesausschusses der sächsischen nationalliberalen Partei. Im Saale des „Münchener Kaiser“ zu Chemnitz hielt der Landesausschuß der nationalliberalen Partei am Sonntag seine Sitzung ab, zu der Delegierte aus allen Teilen des Landes, u. a. auch die Landtagsabgeordneten Langhammer, Dr. Bogel, Weikel, Braun, Prof. Dr. Nühlmann, Poppitz, Vieher, Kreßhmar, Stadtrat Drechsler erschienen waren. Der Vorsitzende der Partei, Herr Montard, eröffnete die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. In herzlichen Worten gedachte er der seit der letzten Tagung in Dresden gestorbenen Abgeordneten Kollfuß und Schulze. Nachdem sich die Versammlung zum ehrenden Andenken der beiden Gestorbenen erhoben hatte, ging

der Vorsitzende zur eigentlichen Tagesordnung über, auf der vor allem der bevorstehende Parteitag in Gollschand. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Parteitag in Gollschand zu einem guten Ende führen werde.

Ueber die Stellung der nationalliberalen Partei zur Reichsfinanzreform

sprach als Referent Herr Syndikus Dr. Stresemann-Dresden. Der Redner erkannte es als Ehrenpflicht der Partei an, mit allen Kräften für die Ausbringung der Geldmittel zu wirken, die zur Ueberwindung der Nothlage der Finanzen erforderlich waren. Er hält es weiter für dankenswert, daß die Fraktion gewisse Steuerentwürfe der Regierung, wie die Tabaksteuer, die Besteuerung der Quittungen und Postpaketadressen, aus Rücksicht auf die Industrie und den gewerblichen Mittelstand beiseite ließ. Die Schwierigkeit, die in dem Steuerplan der Regierung dadurch entstehenden Lücken durch bessere Vorschläge auszufüllen, sei gewiß bei der Beurteilung des Verhaltens der Fraktion nicht außer Acht zu lassen. Dennoch hätte er, meinte der Redner, auch in dieser schwierigen Situation nicht von vornherein die Waffen niederlegen und sich auf Kompromisse einlassen dürfen. „Es fehlte an der nötigen Entschlossenheit, die Grundzüge der eigenen Partei zur Geltung zu bringen und die anderen Fraktionen zu veranlassen, den nationalliberalen Vorschlägen ihrerseits Opfer zu bringen, anstatt diese Opfer ohne Gegenleistung selbst darzubringen. Man wendet ein, daß der Regierung die Fühler entglitten waren und die nationalliberale Partei die Führung bei der Einzelreform übernehmen mußte, um diese nicht scheitern zu lassen. Es ist nicht Aufgabe einer politischen Partei, ihr innerlich widerstrebende Kompromisse zu Wege zu bringen, um sie einer in so wichtigen Fragen verzagenden Regierung als Geschenk darzubieten und sich mit der gongen Unpopulartät dieser Geschehnismacher zu beladen.“

Von liberalen Gesichtspunkten aus hätte man in erster Linie seit Jahren auf eine Reichseinkommensteuer hinarbeiten sollen, um die Schwierigkeiten, die selbst nach freilichem Eingeständnis diese Steuer gegenwärtig unmöglich machen, hinwegzuräumen. Wegen einer Reichsvermögenssteuer würden dagegen ähnliche neuerechnische und prinzipielle Bedenken nicht geltend gemacht werden können, ebenso wie sich für die Reichsbesitzsteuer eine Form gefunden hat, welche gleichermaßen den Reichs- wie den Landesinteressen gerecht wird. Bei richtiger Ausgestaltung der Reichsbesitzsteuer hätte sie das Rückgrat der gegenwärtigen Finanzreform werden können. Durch die der Landwirtschaft gewährten weitgehenden Ermäßigungen ist der Ertrag der Steuer noch weiter vermindert. Es ist richtig, daß der immobile Besitz eine Erbschaftsteuer verhältnismäßig schwer tragen kann, aber das Vermögen der Industriellen hat auch meist immobilien Charakter, ist im Grund und Boden, Maschinen, Waren u. investiert, ohne daß daraus bei der Steuererhebung Rücksicht genommen ist. Die Sonderstellung der „toten Hand“ ist in keiner Weise berechtigt, und es ist bedauerlich, daß auch hierbei nationalliberale Abgeordnete im Vordergrund gestanden haben. Der Redner will nicht grundsätzlich die indirekte Besteuerung bekämpfen, zumal da der größte Teil der Einkommensteuer von den höheren Klassen allein aufgebracht wird, (4,45 Prozent bringen in Preußen 70 Prozent der gesamten Steuern aus) allein die Behandlung der Brauerei- und Zigarettensteuer hält er für durchaus zweckwidrig. Die Stoffsteuer der Brauerei habe sich schon jetzt als verfehlte Maßregel herausgestellt. Gerade was man verhängen wollte: die Stärkung der Großen auf Kosten der Kleinen, werde auf dem Wege der Kapitalkonzentration jetzt

noch mehr gefördert. Rehnlich liege es bei der Zigaretten- und Tabaksteuer. Früher brauchte der Fabrikant dem Händler nur die Ware zu kredittieren, jetzt Ware und Steuer, während er selbst für die gestundete Steuer Wertpapiere zu deponieren hat. Die Anforderungen an das Betriebskapital sind gewaltig gestiegen, und im Kampf um den Absatzmarkt werden nur die stärksten Großbetriebe übrig bleiben, während der kleinere und kleinere Fabrikant nicht mehr mitkommen kann. Ist das gesunde volkswirtschaftliche Politik? Man möge die Wirkung der Tabaksteuer genau beachten, damit der hier gewählte Weg nicht später auf die Tabakindustrie übertragen wird! Wenn einmal Bier und Tabak besteuert wurden, dann hätte man auch eine Reform des Branntweinsteuergesetzes erwarten dürfen, dessen Ungünstigkeit und Schwächen von keiner Seite in Abrede gestellt werden. Daraus hätte sich ein beträchtlicher Zufluß für die Reichskasse ergeben. Weshalb hat man hier nicht auf nationalliberaler Seite die Initiative zu einer derartigen Reform ergriffen und schon vor Vorlegung der Steuerentwürfe durch die Regierung letztere auf eine Reformierung der Branntweinsteuererhebung hingewiesen?

Die schwersten Vorwürfe habe sich aber die nationalliberale Partei durch ihre Stellung zu den Besteuerungen zugezogen. Eine Besteuerung des Verkehrs, wie sie durch die Fahrkartensteuer herbeigeführt wird, stimmt nicht mit dem Zuge der Zeit, der auf Verbilligung dränge. Der Prozentsatz der Vergünstigungsfreien steht gegenüber geschäftlich Reisenden ganz zurück; auch diese Steuer, wie die meisten anderen sind auf die Industrie und den Handel gelegt worden. Daß die Partei hierzu noch die Erhöhung des Ortsportos fügte, hat in den weitesten Kreisen der Parteigenossen stark verstimmt. Die Postverwaltung hat selbst anerkannt, daß sie die Verpflichtung übernommen habe, die bei Aufhebung der Privatposten eingeführten Postvorsätze beizubehalten. Ein nationalliberaler Abgeordneter war es, der zunächst den Grundhieb konstruierte, daß es sich nur um eine Vereinfachung zwischen Regierung und Reichstag handle, die der Reichstag wieder aufheben könne, wenn es ihm beliebt, der Regierung ihr Wort zurückzugeben. Selten ist wohl in der Rede eines Abgeordneten die Abneigung gegen die Städte so zum Ausdruck gekommen, wie in den Ausführungen des Abgeordneten Bahig, der es als eine Denkart teilung für das Land ansieht, daß man dort für eine Karte nach dem Nachbarorte mehr bezahlen solle, wie für eine Karte innerhalb derselben Stadt, der aber nicht in Vergleich steht, wieviel Karten in der größeren Stadt jährlich im Vergleich zum Lande besördert werden! Der Staatssekretär des Reichspostamtes hat darauf hingewiesen, die Postverwaltung könne nicht lediglich als Geschäft angesehen werden, sie müsse vielmehr, da ihr ein Verkehrsmonopol verliehen sei, immer daran denken, daß sie der Allgemeinheit zu dienen habe. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß von der Regierung derartige Wahrheiten ausgesprochen werden müssen.

Dieses Auftreten wie überhaupt die Hintansetzung der Rücksicht auf die Wählerchaft fordere, so sehr auch die Schwierigkeit der ganzen Lage in Betracht komme, zum Widerspruch heraus, und für die Zukunft gelte es ernste Forderungen zu stellen. Es habe sich gezeigt, daß infolge des Mangels an Vertretern der Industrie der rechte Flügel in seinem Einfluß allzuwenig beschränkt sei. Der Redner wendete sich zum Schluß kräftig gegen die Abschwächung des liberalen Gedankens durch eine fortlaufende Kompromisspolitik und sprach sich für eine Wiederbelebung der Partei auf Grund eines vollständigen, freilichlichen Programms aus.

### Holzversteigerung auf Lengfelder Staatsforstrevier.

Hotel zur Post in Lengfeld.

Freitag, den 28. September 1906, vormittags 1/10 Uhr:

2 f. Stämme, 4735 f. Schleißhölzer, 5513 f. Kloben (meist 4,0 m l.), 19 bu. Kloben, 18,6 Hdt. w. Reissstangen, 1 rm w. Nusscheite, 25 rm w. Nussknüppel, 1 rm h u. 30 rm w. Brenncheite, 8,5 rm h u. 50 rm w. Brennknüppel, 4,5 rm h u. 35 rm w. Keste, 1600 rm u. Stöcke in den Abt. 11, 18, 19, 23, 35, 44, 51, 52, 73, 99, 101/4, 113.

Näheres ist aus den bei den Ortsbehörden und in den Schankstätten der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakaten zu ersehen.

K. Forstrevierverwaltung Lengfeld und K. Forstrentamt Marienberg.

### Bestellungen auf das Wochenblatt

werden jederzeit in der Expedition und bei allen Zeitungsboten angenommen.

Die Expedition des Wochenblattes.